Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn,



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 2 — München / 5. Jahrgang — 11. Januar 1918

Die deutsche Regierung und der Zionismus.

Aus Berlin wird gemeldet: Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. von dem Bussche, hat die Herren Professor Dr. Warburg und Dr. Hantke vom „Zionistischen Aktionsausschuß" sowie die Herren Professor Dr. Oppenheimer, Dr. Friedmann und Professor Dr. Sobernheim vom „Komitee für den Osten" empfangen und ihnen folgendes erklärt: Wir würdigen die auf die Entwicklung ihrer Kultur und Eigenart gerichteten Wünsche der jüdischen Minderheit in den Ländern, in denen sie ein stark entwickeltes Eigenleben haben, bringen ihnen volles Verständnis entgegen und sind zu einer wohlwollenden Unterstützung ihrer diesbezüglichen Bestrebungen bereit. Hinsichtlich der von der Judenheit, insbesondere von den Zionisten, verfolgten Bestrebungen in Palästina begrüßen wir daher die Erklärungen, die Großwesir Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der kaiserlich ottomanischen Regierung, gemäß ihrer den Juden stets bewiesenen freundlichen Haltung die aufblühende jüdische Siedelung in Palästina durch die Gewährung freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes örtlicher Selbstverwaltung entsprechend den Landesgesetzen und freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern.

Der türkische Außenminister über Palästina.

Der türkische Minister des Äußeren, Nessimi Bey, gewährte einem auswärtigen Pressevertreter eine Unterredung, in der er bemerkte: „Das letzte Wort über Jerusalem ist noch nicht gesprochen. Die militärischen Operationen der Zentralmächte an der mesopotamischen und Palästinafront entwickeln sich nunmehr günstig. Von türkischer Seite ist mit allen Mitteln versucht worden, eine Beschießung von Jerusalem zu vermeiden und Jerusalem außerhalb der Kriegszone zu halten. Die heiligen Orte halten die Türken in großer Verehrung. Nicht eine geheiligte Stätte ist während der türkischen Verwaltung berührt oder entweiht worden. Die in der welsch-schweizerischen Presse verbreiteten Gerüchte über eine Schändung des heiligen Grabes sind nichts als infame Lügen.

Über die Judenfrage in Palästina erklärte der Minister: Die Türkei, für Jahrhunderte der Zufluchtsort der unterdrückten Juden, hat ihre traditionelle, freundschaftliche Haltung gegenüber den Juden nicht verändert. Die Juden in der Türkei haben sich immer als loyale und fleißige osmanische Untertanen bewährt, und wir begrüßen eine Einwanderung von Juden mit ähnlichen sympathischen Gefühlen gegenüber der Türkei. Wir sichern ihnen alle bürgerlichen Rechte zu."

Die Türkei und der Zionismus.

Erklärungen des Großwesirs Talaat Pascha.

Dr. Julius Becker, der sich auf Einladung der türkischen Regierung nach der Türkei begeben hat, um als Mitglied einer jüdischen Kommission nach Palästina zu reisen, wurde von Seiner Hoheit dem Großwesir Talaat Pascha in besonderer Audienz empfangen und berichtet hierüber in der Abendausgabe der „Vossischen Zeitung" vom 31. Dezember folgendes:

Konstantinopel, im Dez. 1917.

Bei der Neuordnung Europas, ja der ganzen Welt nach dem Kriege verlangt naturgemäß auch ein Problem seine Erledigung, bei dessen Erörterung man sich früher gern mit einigen Redensarten aus der Verlegenheit geholfen hat, das jüsche Problem. Auch in der deutschen Presse hat die Behandlung der zionistischen Bestrebungen in Palästina in letzter Zeit breiten Raum gewonnen, und es wurde besonders die Frage aufgeworfen, wie sich die türkische Regierung eigentlich zu diesen Bestrebungen verhalte. Ich hielt es deshalb für angezeigt, mich bei der kompetentesten Stelle, dem Leiter der türkischen Regierung selbst, über die Stellung der Kaiserlich ottomanischen Regierung zu dieser Frage zu erkundigen. Durch die liebenswürdige Vermittlung unseres hiesigen Botschafters, des Grafen Bernstorffs, der ja aus seiner langjährigen amerikanischen Tätigkeit her einen großen Teil des jüdischen Problems aus eigenster Anschauung kennt, wurde es mir möglich, Seine Hoheit den Großwesir Talaat Pascha über die für die jüdischen Palästinabestrebungen wichtigsten Punkte zu befragen. Den wesentlichen Teil dieser Unterredung gebe ich hier wieder, und ich darf darauf hinweisen, daß die türkische Regierung während des Krieges hier zum ersten Male sich zu den gerade jetzt so aktuell gewordenen zionistischen Zielen äußert. Aus diesem Grunde dürfen die Erklärungen Talaat Paschas jetzt nach dem Briefe Balfours und der zionistenfreundlichen Äußerung des Grafen Czernin, die er jüngst dem Berliner Zionistenführer Dr. Hantke gegenüber getan hat, besonderem Interesse begegnen.

Das Gespräch mit dem Großwesir, der mich in seinem Arbeitszimmer in der Hohen Pforte in Gegenwart des Scheich ul Islam auf das liebenswürdigste empfing, verlief im einzelnen folgendermaßen:

„Eure Hoheit waren so liebenswürdig, mir auf Empfehlung des Grafen Bernstorff diese Unterredung zu gewähren und sind wahrscheinlich auch über den Zweck meines Besuches unterrichtet. Ich hatte die Absicht, mich auf Grund der freundlichen Einladung der ottomanischen Regierung nach Palästina zu begeben, um mich an Ort und Stelle über die Lage der Dinge zu unterrichten. Meine Reise ist nun leider durch die militärischen Ereignisse unmöglich geworden, und ich wäre sehr dankbar, wenn Eure Hoheit mir Ihre Ansicht darüber mitteilen wollen, welche Haltung die Kaiserliche Regierung in Zukunft gegenüber den jüdischen Bestrebungen in Palästina einnehmen wird."

„Wir waren stets von den besten Gefühlen für unsere jüdischen Mitbürger beseelt, und die Juden unseres Reiches waren uns immer ebenso lieb wie unsere anderen Bürger. Die Türkei ist ja das einzige Land, das nie eine antisemitische Bewegung gekannt hat, wie Sie sie in allen anderen Ländern finden. Bei uns hat es nie judenfeindliche Regungen gegeben, die auf die Politik unseres Landes hätten Einfluß gewinnen können."

„Das ist mir wohlbekannt, und es wäre eben gerade in der gegenwärtigen politischen Situation interessant, wenn die türkische Regierung erklären würde, daß sie die kolonisatorische Bewegung der Juden in Palästina wohlwollend betrachtet."

„Diese Bewegung besitzt das Wohlwollen der Regierung bereits, denn sonst wäre ja die Entstehung und das Gedeihen der heute blühenden jüdischen Kolonien in Palästina bisher schon unmöglich gewesen. Freilich stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir den Juden keine Vorrechte vor unseren anderen Bürgern einräumen können."

„Euere Hoheit haben zweifellos den Brief Mister Balfours an Lord Rothschild gelesen, in dem der englische Minister im Namen seiner Regierung eine nationale Heimstätte in Palästina verspricht."

Hier unterbrach mich der Großwesir und warf ein:

„Mais c'est une blague!"

„Wohl möglich, Hoheit, aber dieser Brief hat dennoch einen großen Eindruck auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt hervorgerufen."

„Ich bin fest überzeugt, daß hinter diesen Versprechungen nicht einmal ernste Absichten stecken. England schreibt an Lord Rothschild, wie es an den Scheriff Hussein geschrieben hat, und am Ende wird es nichts geben, weder Hussein, noch den Juden. Sein einziger Zweck ist, Sympathien zu gewinnen und die Juden der ganzen Welt für die Ziele der Entente einzufangen."

„Darf ich Eure Hoheit darauf aufmerksam machen, daß in dem Brief Balfours kein Wort gegen die türkische Regierung enthalten ist? Ich habe Grund, anzunehmen, daß dieser auffällige Umstand auf den Einfluß der englischen Zionisten zurückzuführen ist, die also, obwohl gute Engländer, sich doch als Zionisten durchaus loyal gegenüber der ottomanischen Regierung verhalten."

„Gewiß, das habe ich bemerkt, und ich habe es auch der Loyalität der Zionisten zugeschrieben. Übrigens ist es nur klug von den Zionisten, wenn sie sich nicht von der Entente ins Schlepptau nehmen lassen."

„Wäre es nun nicht möglich, daß die Türkei den jüdischen Kolonisationsbestrebungen in Palästina in weiterem Umfange als bisher entgegenkäme? Bis jetzt haben doch gewisse administrative Beschränkungen bestanden, die sich vielfach der Ausbreitung der Kolonisation hinderlich erwiesen. Könnten diese nicht in Zukunft in Wegfall kommen?"

„Wenn die ottomanische Regierung bisher zu gewissen Einschränkungen gezwungen war, so hatte das seinen Grund darin, daß die Juden, die nach Palästina einwanderten und zum größten Teil aus Rußland kamen, infolge des Widerstandes ihrer Regierung notgedrungen ihre russische Staatsangehörigkeit beibehielten. Daraus ergab sich der ganze anormale und für uns natürlich sehr unerwünschte Zustand, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht ottomanische Staatsangehörige waren. Besonders lästig wurde dieser Zustand aber dadurch, daß unter der Herrschaft der Kapitulation und der Konsulatgerichtsbarkeit die fremden Untertanen der Rechtsprechung der türkischen Gerichte entzogen waren und sich bei jeder Gelegenheit hinter ihren Konsul verschanzten. Die Konsuln ihrerseits suchten diese Situation auszubeuten, um ihre Stellung zu stärken, und die Folge waren immer neue Konflikte zwischen ihrer Regierung und den türkischen Behörden. Es ist klar, daß solche Verhältnisse uns nicht befriedigen konnten, und daraus erklärt sich manche Maßnahme zur Beschränkung der jüdischen Kolonisation. Nachdem jetzt glücklicherweise die Türkei von dem Alp der Kapitulationen und damit auch der Konsulargerichtsbarkeit befreit ist, und wir also die Wiederholung dieser unangenehmen Vorkommnisse nicht mehr zu befürchten haben, wird es möglich sein, von diesen Beschränkungen abzusehen. Natürlich ist die Voraussetzung dafür immer, daß die Juden, die sich im Lande dauernd niederlassen wollen, ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben, um ottomanische Bürger zu werden und alle Pflichten zu erfüllen, die mit dieser Staatsangehörigkeit verknüpft sind."

„Würden Eure Hoheit nun noch vielleicht die Liebenswürdigkeit haben, sich zu den wichtigsten Punkten, die die Zionisten für ihre Arbeit in Palästina erstreben, im einzelnen zu äußern, vor allem zu der Frage der freien Einwanderung und der ungestörten wirtschaftlichen Entwicklung?"

„Was die Frage der freien Einwanderung anlangt, so sind meine eben abgegebenen Erklärungen ja schon die Antwort darauf. Es versteht sich von selbst, daß jede Einwanderung sich in den natürlichen Grenzen der derzeitigen Aufnahmefähigkeit des Landes halten muß, und es wäre unmöglich, wenn etwa mit einem Male Hunderttausende nach Palästina einwandern wollten. Diese könnte das Land ja heute gar nicht ernähren. In ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit haben wir die Juden in Palästina niemals beschränkt. Im Gegenteil wir wissen das, was in Palästina von den Juden auf wirtschaftlichem Gebiete geleistet worden ist, sehr wohl zu schätzen."

„Es käme weiter in Betracht die Frage der freien Betätigung der Juden auf geistigem und kulturellem Gebiete."

„In dieser Beziehung haben sich die Juden schon bisher nie über uns zu beklagen gehabt. Sie haben in den Städten sowohl wie in den Kolonien ihre eigenen Kindergärten und Schulen gehabt, und sogar in der Begründung eigener höherer Schulen haben wir ihnen niemals Schwierigkeiten gemacht. Ich glaube, daß die Juden in keinem anderen Lande sich auf diesem Gebiete so frei bewegen konnten wie bei uns. Sie haben in allen ihren Schulen völlige Freiheit genossen, in ihrer hebräischen Sprache zu unterrichten und sich dieser Sprache auch sonst zu bedienen, wo sie nur wollten. Ebenso ist ihnen niemals in der Verbreitung ihrer Zeitungen und ihrer Literatur ein Hindernis in den Weg gelegt worden. Und was die freie Ausübung ihrer Religion anbelangt, so werden die Juden, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, niemals belästigt werden, was übrigens bei unserer bekannten Toleranz gegenüber allen nicht muselmanischen Bekenntnissen selbstverständlich ist."

„Glauben Eure Hoheit schließlich, daß es möglich sein wird, den Juden in Palästina eine gewisse Selbständigkeit in der örtlichen Verwaltung zu geben?"

„Da muß ich zunächst wiederholen, was ich schon vorher sagte, nämlich, daß es unmöglich ist, den Juden irgendwelche Vorrechte zu geben. Sie können nur dieselben Rechte genießen wie alle unsere anderen Statsbürger. Aber wir haben ja bereits in unserer jetzigen Gesetzgebung ein ziemlich weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, und in einem neuen Gesetzentwurf, den wir eben jetzt im Parlament vorlegen, beabsichtigen wir, hierin noch weiter zu gehen. Die örtlichen Gemeinden und Vilajets (Provinzen) sollen noch mehr Selbständigkeit erhalten als sie bisher schon haben. In diesem Rahmen werden meines Erachtens auch alle berechtigten Wünsche der Juden in Palästina ihre Erfüllung finden können."

„Würde die türkische Regierung bereit sein, die Selbstverwaltungsrechte der Juden in Palästina durch eine entpsrechende Einteilung der Verwaltungsbezirke zu fördern?"

„Nach dem neuen Gesetz werden alle Gemeinden von 5000 Einwohnern und darüber das Recht der Selbstverwaltung haben, und auch die kleineren jüdischen Gemeinden können stets auf das Wohlwollen der ottomanischen Regierung rechnen. Im allgemeinen kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß unsere Regierung den Juden wohlgeneigt ist, und daß sie bereit ist, alle sie betreffenden Fragen mit ihrem stets bewährten Wohlwollen zu behandeln. Ich ermächtige Sie gern, wenn Sie glauben, daß meine Erklärungen zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen können, sie in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen."

Der Großwesir fügte noch einige freundliche persönliche Worte bei und ich verabschiedete mich, indem ich meinen Dank aussprach und die Hoffnung, daß die Erklärungen, die ich erhalten hatte, ihren Zweck erfüllen würden.

(Entnommen a. d. „Jüd. Rundschau".)

Zionistische Kulturarbeit.

Weiterer Bericht über die Sitzung des zionistischen Zentralkomitees am 23. und 24. Dezember in Berlin.

Wie aus unserem Bericht in Nr. 1 hervorgeht, war der erste Sitzungstag fast ausschließlich der Erörterung der zionistischen Politik gewidmet. Es ist von höchster Bedeutung, für die Entwicklung, die der Zionismus besonders in den letzten Jahren genommen hat, daß man auch in einem Augenblick, in dem die politische Arbeit im Brennpunkt des Interesses steht, den kulturellen und erzieherischen jüdischen Aufgaben eine solche Wichtigkeit beimaß, daß beinahe der gesamte zweite Verhandlungstag der Beratung dieser Arbeiten galt. Eines der wichtigsten Ergebnisse des vorjährigen Delegiertentages war die Schaffung eines Ausschusses zur Vorbereitung und Erfüllung jüdisch-kultureller Aufgaben. Über die Tätigkeit dieses Ausschuses hielt Herr Schocken diesesmal ein ausführliches Referat.

In erster Linie hat sich der Ausschuß um die Verbreitung hebräischer Sprachkenntnisse bemüht. Er hat zwölf Lehrbriefe vorbereitet, die aus vorbildlichen Stücken der hebräischen Literatur bestehen und sowohl durch ihre Auswahl wie durch eine Besonderheit des Druckes (der Stamm unterscheidet sich im Druck von den Präfixen und Suffixen) geeignet zum Selbstunterricht sind. Eine Bibelausgabe in der gleichen Anordnung ist geplant.

Um dem empfindlichen Mangel an guter jüdischer Jugendliteratur abzuhelfen, wurden Autoren zum Schreiben von Jugenderzählungen veranlaßt. Bis zum Herbst hofft der Ausschuß fünf Jugendbücher herausgeben zu können.

Zu einem Werke von großer Bedeutung dürfte der in Vorbereitung befindliche literarische Ratgeber werden, der eine systematische Einführung in die jüdische Literatur ermöglichen wird.

Als ein sehr dankbares Unternehmen erscheinen ferner die Merkblätter, die der Kulturausschuß im Laufe des Jahres herausgeben wird. Sie befassen sich mit Stoffen wie den folgenden:

„Wie soll man die Bibel lesen?“, „Einrichtung von hebräischen Kursen und Selbstunterricht“, „Einrichtung von Palästinakursen“, „Die Jahresarbeit von Jugend- oder Mädchenvereinen“, „Wie veranstaltet man musikalische oder Dichterabende?“, „Wie verfertige ich jüdische Spiele?“ usw. Den vielen, die den Willen zum Judentum ohne das Wissen vom Judentum besitzen, wird mit diesen Merkblättern sicherlich gedient sein.

Geplant sind ferner: eine jüdisch-wissenschaftliche Publikations-Gesellschaft, sowie die Herausgabe einer Jugendschrift, die vom April ab erscheinen wird. Sehr interessant sind die Vorbereitungen zur Schaffung einer jüdischen Fakultät an den größeren Universitäten. Besondere Sorgfalt hat der Kulturausschuß auf die Versorgung von Gefangenenlagern in Deutschland und Frankreich mit jüdischer Literatur gelegt. Seine Leistungen auf diesem Gebiet wurden von der Berner Vermittlungtstelle dankbar anerkannt.

In Aussicht genommen ist ferner die Schaffung eines jüdischen Schulvereins und die eines jüdischen Kulturarchivs. Alle diese Arbeiten sollen im Laufe des Jahres begonnen bezw. fortgesetzt werden.

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland wird sich außerdem in Zukunft mit besonderer Sorgfalt der Jugendvereine annehmen, über deren Ausgestaltung und Arbeit eingehende Diskussionen stattfinden.

Das Kulturprogramm dieser zionistischen Tagung dürfte mit besonderer Deutlichkeit zeigen wie sehr sich die ganze jungjüdische Bewegung vertieft hat.

Der Jüdische Nationalfonds.

Vom Jüdischen Nationalfonds kann mit vollem Recht gesagt werden, daß er die populärste Institution im jüdischen Volke ist. Die warme Anteilnahme der breiten jüdischen Massen an diesem Volksschatz seit dessen Entstehung beweist, daß er einen tiefen und gesunden Gedanken verkörpert, der Millionen von Juden teuer ist. Es ist dies der Gedanke des Erwerbes von Land in Palästina als unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes.

Das jüdische Volk ist landhungrig. Die Idee der Rückkehr nach Zion in das Land der Väter, damit es die Heimat künftiger Geschlechter werde, hat ihren Ursprung in der Sehnsucht nach dem Erdgeruch, nach der sicheren Verwurzelung im festen Grunde. Ohne Land gibt es kein Vaterland. Der JNF hat die Herzen der jüdischen Massen im Sturm gewonnen, weil er der Grundstein eines jüdischen Palästinas ist.

In gleichem Maße entspricht der zweite Grundgedanke des JNF — Grund und Boden als ewiges Volkseigentum — einem tiefen Wunsche unseres Volkes. Nicht jedes Stück Land, das Juden gehört, ist als jüdisches Land anzusprechen. Es existieren viele jüdische Grundbesitzer und nicht gerade kleine, in den verschiedenen Ländern, auch in sehr zurückgebliebenen Gebieten des Galuth, wie Galizien oder Rumänien. Ein zehnter Teil des galizischen Bodens ist Privateigentum von Juden. Das jüdische Volk als solches besitzt aber dennoch keinen Zoll Erde als sein Eigen. Der Landreichtum einzelner Juden hebt die Landarmut, die Landlosigkeit des jüdischen Volkes nicht auf. Der JNF will nun das jüdische Volk zum Eigentümer von Erez-Israel machen. Er stellt zumindest den Teil von Palästina, der sein Eigentum wird, unter den souveränen Willen der Nation. Nicht das Interesse Einzelner, sondern die Lebensbedürfnisse der Gesamtheit sollen für die Landespolitik des JNF bestimmend sein.

Im JNF-Prinzip begegnen sich erhabene Träume und Ideen von einst mit modernen Gedanken der Landnationalisierung. Das Grundprinzip des JNF, seinen Boden nicht zu verkaufen, sondern ihn zur Bearbeitung in der Form der Dauer- oder Erbpacht zu vergeben, bildet für einen Teil des jüdischen Volkes die Erfüllung der Gebote der Bibel: „Ihr sollt das Land nicht verkaufen ewiglich, denn mein ist das Land, Ihr seid nur Landsassen und Ansiedler bei mir“. Der eigentliche Begründer des JNF, Theodor Herzl, erblickte im nationalen Bodeneigentum das sicherste Mittel, damit die jüdische Neubesiedlung Palästinas zur Einrichtung nicht nur einer neuen, sondern auch einer gerechteren Gesellschaft führe. Es ist hier nicht der Ort, die geschichtlichen und sozialen Triebkräfte der Bewegung für Volkseigentum an Grund und Boden darzulegen; es sei nur daran erinnert, daß dieser Gedanke der Grundpfeiler der russischen Revolution ist und vor Kriegsausbruch auch das wichtigste Problem der englischen Politik gebildet hat. Lloyd George stand an der Spitze der Bewegung für eine radikale Landreform.[1])

Der JNF erfüllt eine Aufgabe, die in Ländern planmäßiger Kolonisation vom Staate durchgeführt wird. Dort überlassen die Regierungen den Immigranten Boden zumeist ohne Entgelt. Auch in Palästina müssen wir den eingewanderten Massen, die keine oder nur ungenügende Mittel besitzen, den Zugang zum Boden ermöglichen. Der JNF kommt jenen Schichten zu Hilfe, die kein Ka-

[1]) Mit dieser Frage beschäftigt sich im einzelnen eine neue, vom Hauptbüro des Jüdischen Nationalfonds, Den Haag, in mehreren Sprachen herausgegebene Broschüre, enthaltend eine Abhandlung von Prof. Dr. Oppenheimer „Gemeineigentum an Grund und Boden“ und eine Abhandlung „Die praktischen Vorteile der Erbpacht“ von Ing. Agr. J. Oettinger.

pital für den Erwerb des Bodens besitzen. Als Vertreter der Gesamtheit sorgt er für die wichtigste Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion — das Land das er den Ansiedlern in Erbpacht überläßt. Statt ihr unzulängliches Kapital im Boden festzulegen, können die Mindervermögenden ihre Mittel zum Ausbau ihrer Wirtschaft, für Inventar und Betriebskapital benutzen. Ihr Pachtrecht auf JNF-Boden und ihre eigenen Mittel geben ihnen dann die Möglichkeit, Kredit zu erlangen, ohne welchen eine geregelte Wirtschaftsführung unmöglich ist.

Es wurde oft dem JNF als Nachteil angerechnet, daß er seinen Boden nicht wegveräußert. Auf den ersten Blick scheint es, als ob eine Million Franken mehr Nutzen bringt, wenn man damit einen Bodenkomplex erwirbt, nach dessen Veräußerung die Million zurückerhält, sodann wieder neuen Boden kauft und so weiter ohne Ende. Der JNF, wird behauptet, entbehrt der Vorteile dieses raschen Umsatzes. Sein Kapital „arbeitet nicht". Das trifft aber nur in der Theorie zu. In der Praxis kann eine Landgesellschaft das in den Boden investierte Kapital nur dann schnell zurückbekommen, sobald sie reiche Käufer findet, die für den erworbenen Boden in bar bezahlen können. Käufer dieser Art sind aber eine kleine Minderheit. Die Mehrheit der Juden, auf die es ankommt, die sich auf Palästinaboden ansiedeln will, um ihn zu bearbeiten, besteht aus kapitalarmen und besitzlosen Imigranten. Ihnen müßte man den Boden gegen Abzahlung auf viele Jahre übergeben, und die Bodenschulden würden ihren Wirtschaftskredit vermindern. Auf diese Weise würde die Übergabe des Bodens in Privateigentum den „Umsatz" der Landgesellschaften zunichte machen und tatsächlich das Land für die breite Masse sperren. Der JNF hingegen gibt uns, sobald er genügend erstarkt, die Möglichkeit, auf dem Lande diejenigen Elemente des jüdischen Volkes anzusiedeln, aus denen die freien jüdischen Farmer und Landarbeiter, welche das Land mit ihren eigenen Händen bearbeiten, hervorgehen werden. Denn nur, wenn jüdische Hände in Palästina den Pflug führen und die Hacke schwingen, wird das Land jüdisch sein.

Das ist der zweite große Vorteil des nationalen Bodeneigentums. Es ist der einzig wirksame Schutz gegen E n t n a t i o n a l i s i e r u n g durch fremdnationale Arbeit. Erez-Israel in den Händen jüdischer Gutsbesitzer, die ihr Land mit nichtjüdischen Arbeitern bewirtschaften, ist keine Lösung der Frage unserer Heimatlosigkeit. Dazu kann es aber gar leicht kommen, falls der Einzelne mit seinen Privat- und Profitinteressen der ausschlaggebende Faktor auf dem Boden Palästinas werden sollte. Einige Erfahrung in dieser Hinsicht haben wir schon aus der Geschichte der bisherigen Kolonisation geschöpft. Der JNF als Vertreter der Interessen des ganzen Volkes kann und wird dafür sorgen, daß das mit blutigen Groschen des Volkes erworbene Land durch jüdische Arbeit okkupiert, geheiligt und gesichert wird.

Um ein Land zu kolonisieren, sind drei Dinge erforderlich: Boden, Kredit und Bauern. Andere Völker bedürfen nur der zwei ersten Faktoren; an Menschen, die fähig sind, den Boden zu bewirtschaften, haben sie keinen Mangel. Wir müssen nicht nur für den Boden und den nötigen Kredit sorgen; uns fehlt auch der fertige, sozusagen geborne Farmer. Er kann nur im Prozesse der Arbeit entstehen. In dem Maße wie dem jüdischen Einwanderer Arbeitsmöglichkeiten verschafft werden, in dem gleichen Maße wird das Menschenmaterial geschaffen, aus dem der jüdische Landbauer entstehen wird.

Der JNF sorgt für die zwei wichtigsten Faktoren einer systematischen Volkskolonisation — für das Land und seine Bebauer. Die Wirtschaften des JNF sind die wichtigsten Stützpunkte der jüdischen Arbeit im Lande geworden. Der Landbesitz des JNF ist noch nicht groß, im ganzen ein Prozent der gesamten jüdischen Erde in Palästina. Aber er beschäftigt 20—25 Prozent aller jüdischen Arbeiter Palästinas und gibt weiteren Hunderten von jüdischen Arbeitern durch seine Arbeitersiedlungen die Möglichkeit einer Existenz als Lohnarbeiter in den privaten Kolonien. Zu diesem wichtigen Regler der jüdischen Landarbeit ist der JNF geworden durch das kombinierte Zusammenwirken mit seinen drei Zweigfonds, die im Laufe der Jahre entstanden sind: dem Baumfonds (Herzlwald), dem Genossenschaftsfonds (inkl. Pionierbeitrag), dem Arbeiterheimstättenfonds. Einige Zahlen werden am besten die kolonisatorische Arbeit des JNF in der ersten kurzen Periode von 6 Jahren (1908/9—1913/14) veranschaulichen.

Ende 1914 besaß der JNF ein Vermögen von 5.130.000 Franken; damit hatte er das Grundkapital

(von 2 Millionen £) erreicht, mit dem bei seiner Gründung (30. Dezember 1901) gerechnet worden war. Es ging nicht so schnell wie Theodor Herzl sich das Wachstum der von ihm geschaffenen Volksinstitutionen vorgestellt hatte. Es dauerte fast 13 Jahre. Von den über 5 Millionen Franken waren Ende 1914 (richtiger zu Neujahr 5674) in Palästina ca. 3.700.000 Franken investiert, oder fast 72 Prozent. 25 Prozent seines Vermögens muß der Nationalfonds ständig in Reserve halten.

Die Investitionen des JNF in Palästina lassen sich in fünf Gruppen einteilen:

1. Über eine Million Franken sind in den Ländereien investiert, die durch Arbeitergenossenschaften bewirtschaftet werden. (Hittin, Daganiah und Kinerth, Merhavjah, Gan Schumel, Beer-Toviah.) Dazu kommen nahezu 150.000 Franken Kapital des Genossenschaftsfonds.
2. Ca. eine viertel Million sind in den Ländereien und Pflanzungen des Herzlwaldes (Ben-Schemen, Huldah, Hederah) investiert.
3. Ca. eine viertel Million hat der JNF mit Hilfe von Stiftungen für Arbeiterhäuser (Wolffsohn-Fond, Halperin-Stiftung u. a.) in Arbeitersiedlungen investiert (Nachliel b. Hederah, Machneh-Jehudah b. Petach-Tikwah, Schomre-Thorah b. Rehovoth, Moschaw Cahane b. Ben-Schemen), ferner in Häusergruppen für Arbeiterfamilien, sowie in Ledigenheimen in verschiedenen Kolonien in Galiläa, Samaria und Judäa.
4. Über 850.000 Franken hat der JNF an Darlehen für Tel-Awiw mit Nachlah Benjamin, für Agrarkredite an judäische Pflanzer, der Landentwicklungsgesellschaft und dem Technikum in Haifa gegeben.
5. Mit über 350.000 Franken hat sich der JNF an städtischen Kulturanstalten beteiligt (Gymnasium „Herzliah“ in Jaffa und Kunst-Gewerbeschule „Bezalel“ in Jerusalem). Den Rest von 200.000 Franken bilden Anzahlungen für noch nicht abgeschlossene Bodenkäufe.

In dem Zustand der Vorbereitung für eine größere kolonisatorische Tätigkeit, am Beginne größerer Aufforstungsarbeiten, die den Bergterassen Palästinas ihre grüne Herrlichkeit zurückgeben und die Sümpfe in den Niederungen austrocknen sollen, bei Erprobung der Methoden moderner Arbeitergenossenschaften, bei der Lösung der Wohnungs- und Familienfrage der Landarbeiter in den privaten Kolonien, bei Einführung der neuesten technischen Arbeitsmethoden in den Wirtschaften, um die palästinensische Landwirtschaft auf die nötige Stufe der Intensität zu bringen, kurz, inmitten einer Reihe schwerer Arbeiten, die das Land für die Menschen und die Menschen für das Land vorbereiten sollen, hat der Krieg die Anfänge des Nationalfonds vielfach unterbrochen. Wir können aber ruhig sagen, daß er die ihm auferlegte Prüfung bestanden hat. An alle Freunde des Volksschatzes erging der Ruf, die schwer errungenen Positionen zu erhalten, den Palästina-Pionieren Hilfe durch Arbeit zu leisten. Der Ruf ist nicht ungehört verhallt. Es ist gelungen, alle Wirtschaftsbetriebe weiterzuführen und alle Arbeitskräfte zu erhalten; außerdem ist der JNF vielen Arbeitslosen durch Notstandsarbeiten zu Hilfe gekommen. Die Aufwendungen des JNF zur Erhaltung seines Siedlungswerkes während der verflossenen Kriegsjahre errreichen die Höhe 1.200.000 Franken, davon ca. 100.000 Franken für Bau- und Ameliorationsarbeiten, sowie für Gemüsebau zur Linderung der Arbeitslosigkeit und Förderung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Für Notstandsarbeiten im laufenden Wirtschaftsjahre 1917/18 wurden vom JNF weitere 100.000 Franken bewilligt. (Schluß folgt.)

Welt-Echo

Das Palästina-Hilfswerk. Wie aus dem Bericht, den Dr. Hantke auf der Berliner zionistischen Sitzung erstattet, hervorgeht, hat die Zionistische Vereinigung für Deutschland im vergangenen Jahr 300 000 Mk. für das Palästina-Hilfswerk und 30—40 000 Mk. für die Notstandaktionen in Palästina abgeliefert.

Judenpogrome. Nach Berichten der russischen Zeitungen sind Judenpogrome in großem Umfange ausgebrochen. Besonders beteiligten sich daran Soldaten der Roten Garde. In Brody, der galizischen Grenzstadt, die sich noch in russischen Händen befindet, haben die Pogrome einen blutigen Charakter angenommen. Tag und Nacht kommen Brandstiftungen, Plünderungen, Mord und Gewalttaten vor.

Kundgebung der Zionisten Frankreichs. Die zionistische Vereinigung von Frankreich hielt im „Groß-Orient“ eine Versammlung ab, um Kenntnis zu geben von dem Versprechen der englischen Regierung bezüglich der Wiederaufrichtung der jüdischen Nation in Palästina. Die Versammlung drückte der Regierung ihre Befriedigung und ihren Dank aus.

Die Gleichberechtigung der polnischen Juden. Beim Empfang der Abordnung der Warschauer Rabbinerkonferenz durch den polnischen Ministerpräsidenten antwortete Kucharzewski (dem „Lokalanzeig.“ zufolge) auf die Begrüßungsansprache, die Regierung werde sich um die Gleichberechtigung der Juden bemühen; der äußere Charakter des neuen Staates müsse jedoch einheitlich polnisch bleiben. Für die Forderung betreffend Abschaffung der beleidigenden russischen Beschränkungen für die polnischen Juden und die Gleich-

stellung der Rabbiner mit den Geistlichen anderer Religionen sagte der Ministerpräsident eine wohlwollende Prüfung zu.

Das erste jüdische Gymnasium in Polen. Die Abteilung für Kultus und Unterricht erteilte, der „Godzina Polski" zufolge, dem jüdischen Mittelschulverband in Konin die Genehmigung zur Eröffnung eines achtklassigen jüdischen Gymnasiums, das das erste jüdische Gymnasium in Polen sein werde. An seiner Spitze steht als Direktor Herr Russak, Stadtverordneter der Stadt Lodz und jüdischer Nationalist.

Literarisches Echo

Dr. Benzion Kellermann. Der ethische Monotheismus der Propheten und seine soziologische Würdigung. Verlag C. A. Schwetschke u. Sohn, Berlin 1917. 71 S.

Die Schrift Kellermanns verdient schon darum besondere Beachtung, weil bisher von jüdischer Seite über grundlegende Fragen der Bibelforschung sehr wenige Arbeiten vorliegen, die sich über Apologetik und dogmatisch bedingte Polemik erheben. Was Kellermann dagegen auszeichnet, ist der echt wissenschaftliche Geist seiner Darlegungen, die sich auf souveräne Beherrschung der philosophischen und soziologischen Grundlagen und umfassenden Überblick über die Ergebnisse der Bibelforschung stützen. Auch diese Schrift enthält Polemik, denn sie ist entstanden als Antwort auf eine Arbeit von Ernst Troeltsch (im „Logos" Bd. VI, Heft 10); aber diese Polemik ist eine rein sachliche in vornehmster Form und dient nur dazu, am Gegensatz Kellermanns eigene Anschauung über die sittlichen Grundwerte und die Bedeutung der Prophetie zu entwickeln.

Troeltsch hatte behauptet, daß der jüdischen Prophetie kein allgemein kulturgeschichtlicher Wert zukommt, weil sie, sozial und national gebunden, nur die beschränkte Nachbarethik einer primitiven Bauernsippe enthalte. Demgegenüber zeigt Kellermann mit reichem und überzeugendem Material, daß die Prophetie, bei selbstverständlich nationaler Form, von Grund auf universal gerichtet ist. Ihre Ethik ist eine unbedingte und absolute, aufgebaut auf den Gedanken der Gleichheit aller Menschen vor Gott. Die für ihre Zeit ungeheuere Tat der Propheten ist es gerade, daß sie die Sittlichkeit hoch über geltendes Recht und kultische Religion hinausgehoben und im Ewigen verankert haben. So eng ist die Verbindung des Sittlichen mit der ganz universal gefaßten Gottesidee bei den Propheten, daß man mit Kellermann sagen kann, Gott und sittliches Ideal sei eines und dasselbe.

Sehr fein arbeitet Kellermann die Zusammenhänge von Nationalismus und Universalismus heraus, indem er zeigt, daß die Auserwählung Israels nicht als ein Vorrecht, sondern als lastende Verpflichtung von den Propheten aufgefaßt wird. Durch den Messianismus, das Reich Gottes auf Erden, mündet dann der Nationalismus der Propheten in die Menschheitsidee. — Der Schluß der



Arbeit kehrt zum Ausgangspunkt, der Erörterung des methodischen Problems der Prophetenforschung, zurück. Der Standpunkt Kellermanns ist der bibelkritische, ohne hierin dogmatisch zu sein, und ohne irgendwo die jüdischen Gesichtspunkte und die Grundideen einer idealistischen Geschichtsbetrachtung preiszugeben. Seine Sprache zeigt strenge philosophische Schulung und überlegene, fest aufs Ziel gerichtete Gedankenführung.

Kellermanns Arbeit kann, auch wenn man mit Einzelheiten nicht einverstanden ist, als vorbildlich bezeichnet werden für das Eintreten jüdischer Kräfte in die Diskussion der durch die kritische Bibelforschung aufgeworfenen Probleme.

Dr. Elias Auerbach.

Jeremias. Eine dramatische Dichtung in neun Bildern von Stefan Zweig (Insel-Verlag zu Leipzig, geheftet 4 M., in Pappband 5 M.). Ein Jeremias-Drama hat vielleicht nur dann Berechtigung und Wirkung, wenn einer kommt, der mit kühnem, meinetwegen dreistem Griff irgendeine Episode aus dem an Erlebnissen überquellenden Dasein des Propheten herausreißt und sie als ein Symbol für dieses ungeheuer große Leben gestaltet. Ein Versuch, den ganzen Lebenslauf des Propheten in ein Dichtwerk zu bannen, muß mehr oder weniger scheitern, denn ein solches wird immer zu Vergleichen mit dem Jeremiaswerk herausfordern, das an Größe nicht mehr übertroffen werden kann: mit dem biblischen Prophetenbuche. Stefan Zweig fühlte wohl, daß ihm zu dem Jeremias-Drama die Kraft, Wucht und vielleicht Kühnheit mangelte, und so schuf er eine dramatische Dichtung in neun Bildern. Es ist alles in diesen neun Bildern, was wir von einer Darstellung des Leben Jeremias' zu erwarten haben: die furchtbare Tragik der historischen Ereignisse, das Ringen des Propheten mit Gott und seinem Volke, sein tiefer Schmerz des Unverstandenseins und seine grenzenlose Liebe zu denen, die seines Stammes sind. Und doch steht uns dieser neue Jeremias um kein Haarbreit näher als der biblische, und doch könnte es geschehen, daß der Zweig'sche Märtyrer seiner Überzeugung uns aus dem Gedächtnis entschwände, daß kein einziges seiner Worte in unserem Gedächtnis haften bliebe, während noch immer die übermenschlich große Titanengestalt des Propheten, wie ihn uns die Bibel zeigt, vor unseren Augen steht, während noch immer der mächtige Rhythmus seiner Lieder und seines Erlebens uns in den Ohren klingt. Stefan Zweig spricht in diesem dramatischen Gedicht eine kräftigere Sprache als wir je zuvor von ihm hörten (erstaunlich ist allerdings die Fülle unedler Räume, die er benutzt), aber es ist doch die Sprache des modernen Mannes der Feder, der jedes, auch das ungeheuerlichste, von hundert' Mächten hin- und hergeirrte Dasein auf eine Formel zu bringen, zu einem moralischen Siege zu führen sucht.

H. H. C.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Goldenes Buch. Richard Fränkel, München sel. Anged. Gesammelt auf der Winterfahrt des Blau-Weiß in Oberammergau. Mk. 20.—.

Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß München. Elisabeth Mahler dankt Familie Norden Berlin für die überaus freundliche Aufnahme 5 Mk.; dankt Edith Wall für die Seife und alles Schöne sonst 3 Mk.; grüßt Else Norden, Dorchen Heppner, Käthe und Lotte Holdheim 2 Mk.

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: M. W. Stöhr, München